



**Dr. h. c. Susanne Kastner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Pressemitteilung

## **Wehrbeauftragter übergibt Jahresbericht**

**Verteidigungsausschussvorsitzende Kastner fordert gesellschaftliche Anerkennung für Soldatinnen und Soldaten**

Berlin, 25.01.2012

**Büro**

**Dr. h. c. Susanne Kastner, MdB**  
Vorsitzende des  
Verteidigungsausschusses  
Vizepräsidentin a. D.

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77332  
Fax: +49 30 227-76267  
susanne.kastner@bundestag.de  
www.susanne-kastner.de

bearbeitet von:  
Ilona Laschütza

**Berlin Am 24. Januar 2012 überreichte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, seinen Jahresbericht an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Dr. h. c. Susanne Kastner. Königshaus kritisierte darin erneut Mängel in Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehrsoldaten.**

Die Zahl der Eingaben von Soldatinnen und Soldaten sei zwar leicht zurückgegangen, dennoch sei eine tiefe Verunsicherung in weiten Teilen der Bundeswehr zu bemerken. „Die Bundeswehrreform geht selbstverständlich nicht spurlos an den Soldatinnen und Soldaten vorbei.“ bewertet Kastner die aktuelle Situation. Viele Betroffene wüssten beispielsweise nach wie vor nicht, wann und an welchen Bundeswehrstandort sie versetzt werden.

Diese Ungewissheit wirke sich negativ auf die Grundstimmung aus, resümierte der Wehrbeauftragte. Die ohnehin problematische Vereinbarkeit von Familie und Dienst werde dadurch noch weiter belastet. „Schon jetzt haben wir quasi eine Pendlerarmee,“ so Kastner, „weil 70% der Soldatinnen und Soldaten regelmäßig zwischen ihren Wohn- und Dienstort pendeln.“

Als weitere Schwerpunkte des Berichtsjahres hätten sich laut Königshaus Mängel in Ausbildung und Ausrüstung sowie Defizite in der Versorgung Verwundeter, Traumatisierter und Hinterbliebener herauskristallisiert. Kastner forderte in diesem Zusammenhang erneut eine gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen der Soldatinnen und Soldaten. „Unsere Soldaten erfüllen einen schweren Job. Mit dem jüngsten Einsatzver-sorgungs-Verbesserungsgesetz haben wir dieser Tatsache Rechnung getragen, doch gibt es weiterhin viel zu tun, um Soldaten und Angehörige im Ernstfall besser abzusichern.“



Als Zeichen der Anteilnahme und Solidarität wird der Verteidigungsausschuss deshalb im Mai Angehörige von getöteten Soldaten einladen, um die Verantwortung des Bundestages für die Parlamentsarmee zu deutlichen.

*Der Verteidigungsausschuss wird sich in den kommenden Wochen intensiv mit dem 53. Jahresbericht des Wehrbeauftragten (17/8400) befassen und ihn anschließend im Plenum des Deutschen Bundestages öffentlich diskutieren.*